

STADT BRANDENBURG AN DER HAVEL

DIE OBERBÜRGERMEISTERIN



Beigeordneter
für Soziales, Gesundheit,
Jugend und Kultur

Stadt Brandenburg an der Havel · 14767 Brandenburg an der Havel

An die Mitglieder
Stadtverordnetenversammlung der
Stadt Brandenburg an der Havel

Auskunft erteilt Herr Dr. Wolfgang Erlebach
Anschrift Stadt Brandenburg an der Havel
Johanniskirchplatz 4
Zimmer 107
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon 03381 / 58 7300
Telefax 03381 / 58 7304
E-Mail wolfgang.erlebach
@stadt-brandenburg.de
Im Impressum auf
www.stadt-brandenburg.de ist der
Empfang und Versand von elektroni-
schen Nachrichten geregelt.

Unser Zeichen SVBRB-Dr. WE
(bitte immer angeben)

Ihr Zeichen
Ihr Schreiben vom

Datum 23.09.2016

**Beantwortung der Anfrage Nr. 292 vom 15.09.2016 an die Ober-
bürgermeisterin zur Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2016**
hier: Unterbringung Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Anfrage möchte ich wie folgt beantworten.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat offenbar bei der Unterbringung von Flüchtlingen ganz viel richtig gemacht. Auch der Umzug der Asylsuchenden von Massenunterkünften in Wohnungen wird kontinuierlich und recht geräuschlos realisiert. Aus anderen Städten hört man, dass die Anmietung von Wohnungen für Flüchtlinge neue Probleme zutage fördert: Es gibt Konflikte zwischen den angestammten Mietern und ihren neuen Nachbarn. Besonders konfliktträchtig ist offenbar die Konzentration von Flüchtlingswohnungen in einzelnen Stadtteilen bzw. Mietshäusern bzw. Hausaufgängen.

Frage: Gibt es solche problematischen Erfahrungen auch in unserer Stadt und wie wird entsprechenden Konflikten entgegengewirkt? Wie ist die Qualität der Unterbringung von Flüchtlingen in Brandenburg an der Havel insgesamt einzuschätzen?

1. Die Wohnungsunterbringung konzentriert sich sehr stark im Stadtteil Hohenstücken. Aufgrund der Lage der Gemeinschaftsunterkünfte halten sich auch deren Bewohner - neben der Innenstadt - relativ häufig in Hohenstücken auf, kaufen dort ein, nehmen an Sprachkursen teil, suchen die Sozialverwaltung oder Beratungsstellen auf und gehen Freizeitaktivitäten nach.

Es sind bewusst nicht ganze Wohnblocks oder Hausaufgänge mit Flüchtlingen belegt worden, um die Integration zu erleichtern und so Konflikten entgegenzuwirken. Konflikte im unmittelbaren oder weiteren Wohnumfeld bleiben aber nicht aus. Sie entstehen z. B. aus unterschiedlichen Alltagsge-

BANKVERBINDUNGEN
Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN:DE55160500003611660026
BIC:WELADED1PMB

Brandenburger Bank
IBAN:DE81160620730000505560
BIC:GENODEF1BRB

Postbank Berlin
IBAN:DE81100100100851819109
BIC:PBNKDEFF100

Steuernummer: 048/144/00560
Gläubiger-Identifikationsnummer:
DE13ZZZ00000018553

Mein Herz
schlägt
KREISFREI



wohnheiten (z. B. Aktivitäten in den Abend- und Nachstunden; Sauberkeit), aber auch aus gegenseitigen Vorbehalten und Vorurteilen.

Es wird durch verschiedene Maßnahmen versucht, diesen Konflikten entgegenzuwirken. In den sog. Verbundwohnungen erfolgt noch eine sozialarbeiterische Betreuung durch den Betreiber der Gemeinschaftsunterkunft. Streetwork und andere Angebote stehen in bestimmtem Umfang gleichfalls zur Verfügung. In Hohenstücken gibt es, insbesondere im Bürgerhaus, eine relativ hohe Dichte von Beratungs- und Hilfsangeboten, die zur Minimierung von Konflikten beitragen. Darunter sind auch spezielle Anlaufstellen, z. B. für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene mit Migrationshintergrund im Alter von 12 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres (Jugendmigrationsdienst des Internationalen Bundes im Bürgerhaus) und für Menschen mit Migrationshintergrund über 27 Jahren (Arbeiterwohlfahrt).

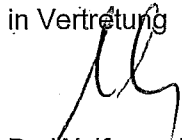
Es gibt erste Versuche, neben der Integration in Schulen und Kitas Kinder und Jugendliche aus den Übergangswohnheimen in die Arbeit der lokalen Sportvereine zu integrieren. Das Quartiersmanagement Hohenstücken organisierte erste kleine Begegnungstreffen mit Kindern aus der GU Upstallstraße und Nutzern des Bürgerhauses Hohenstücken, wie z. B. der Fouqué Stadtteilbibliothek.

Grundsätzlich sind reale Integrationsfortschritte aber der entscheidende Faktor, um Konflikte zu minimieren. Über die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen sollte anlässlich der Fortschreibung des Integrationskonzeptes der Stadt weiter diskutiert werden. Im Oktober 2016 ist hierzu der Auftakt geplant.

2. Die folgenden Einschätzungen beziehen sich auf die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und sog. Verbundwohnungen. Hinzuweisen ist aber auf eine zunehmende Differenzierung der Wohnsituation, die aus einem unterschiedlichen Aufenthaltsstatus und dem Bezug unterschiedlicher Leistungen (z. B. Asylbewerberleistungsgesetz, SGB II) resultiert. Bei Familiennachzug oder Zuzug aus anderen Kommunen hat die Verwaltung kaum Kenntnis über die Wohnsituation und kann auch nicht steuernd eingreifen.

Derzeit sind 152 Personen in Verbundwohnungen (Übergangswohnungen) sowie 614 in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die vom Land vorgegebenen Mindeststandards für die Unterbringung werden durchgängig eingehalten. In den Gemeinschaftsunterkünften versuchen die Heimbetreiber in Zusammenarbeit mit der Sozialverwaltung die Belegung und den Zuschnitt der Räume den unterschiedlichen Bedürfnissen (Familien, Religion, Kultur usw.) anzupassen. Aufgrund der aktuellen Unterbelegung ist dies auch recht gut möglich. Konfliktsituationen bleiben aber nicht gänzlich aus. Sie resultieren in der Mehrzahl aus alltäglichen Situationen (z. B. im Hinblick auf die Nutzung von Gemeinschaftsräumen) und kaum aus nationalen oder religiösen Unterschieden.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Dr. Wolfgang Erlebach
Beigeordneter